



**Thema: Wahlprüfsteine behinderter Menschen in Bremen und Bremerhaven zur Bürgerschaftswahl am 26. Mai 2019**

**Beschlussvorschlag des AK Bremer Protest**

***Die Bürgerschaft behinderter Menschen stellt fest:***

Das Bremer Behindertenparlament ist die Interessenvertretung behinderter, chronisch kranker und psychisch beeinträchtigter Menschen und ihrer Angehörigen. Zu Menschen mit Behinderungen zählen Menschen, die langfristige körperliche, seelische, geistige oder Sinnes-Behinderungen haben.

Am 26. Mai 2019 finden Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft, zur Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung und zu den Beiräten in der Stadtgemeinde Bremen statt. Die Bremische Bürgerschaft ist das Parlament und die Interessenvertretung ALLER Menschen mit und ohne Behinderung in Bremen und Bremerhaven. Wir Menschen mit Beeinträchtigungen haben das Recht, vor den Wahlen zu erfahren, was die Parteien planen, wofür sie stehen, und wofür auch nicht. Die Abgeordneten des 24. Bremer Behindertenparlaments wollen darum von den Parteien wissen, wie sie zu den Forderungen behinderter Menschen stehen und was sie gegen die Diskriminierung und für die Gleichstellung behinderter Menschen tun wollen.

***Aus diesem Grund fordert die 24. Bürgerschaft behinderter Menschen die Parteien, die zur Bürgerschaftswahl am 26. Mai 2019 kandidieren, auf, die folgenden Fragen als „Wahlprüfsteine“ zu beantworten:***

**A. Behindertenpolitik grundsätzlich**

1. Was wollen Sie für Menschen mit Beeinträchtigung in der kommenden Legislaturperiode tun?

**B. Bildung**

2. Was tun Sie für den Ausbau der Inklusion in folgenden Bildungsbereichen und welche Maßnahmen halten Sie im Einzelnen für erforderlich:

- a) Kindergarten
  - b) Vorschule
  - c) Allgemeinbildende Schulen aller Schulstufen
  - d) Berufsschule
  - e) Volkshochschule
  - f) Hochschulen und Universitäten
3. Wie werden Sie eine bedarfsgerechte Versorgung behinderter Schülerinnen und Schüler mit Assistenzkräften sicherstellen?
  4. Der Landesteilhabende Beirat hat beschlossen, dass Gebärdensprache auch an ausgewählten Regelschulen in Bremen und Bremerhaven unterrichtet werden soll. Werden Sie diesen Beschluss umsetzen?
  5. Welchen Nachholbedarf sieht Ihre Partei bei der Unterstützung mit Assistenz von Studierenden mit einer Behinderung, einer chronischen Erkrankung oder einer gesundheitlichen Beeinträchtigung?

### **C. Arbeit / Zukunft der Werkstätten / Bedingungen in den Werkstätten**

6. Wie sieht Ihre Vision eines inklusiven Arbeitsmarktes aus, den die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (UN BRK) fordert?
7. 2.957 behinderte Menschen waren Ende 2017 in den Werkstätten für behinderte Menschen in Bremen beschäftigt. 8 Personen haben im selben Jahr den Übergang auf den ersten Arbeitsmarkt geschafft. Das ist eine Quote von 0,28 %. Was wird Ihre Partei konkret unternehmen, um diese geringe Quote in absehbarer Zeit zu verbessern?
8. Unterstützen Sie die Forderung der Werkstattbeschäftigten in Bremen und Bremerhaven nach einem bedingungslosen Werkstatteinkommen nach schwedischem Vorbild, wo alle arbeitenden behinderten Menschen 2.100 Euro im Monat erhalten? Was werden Sie tun, damit in Deutschland und im Land Bremen das bedingungslose Werkstatteinkommen eingeführt wird?
9. Die Werkstattbeschäftigten brauchen eine handlungsfähige Selbstvertretung. Darum fragen wir Sie:
  - a) Wie will Ihre Partei die Arbeit der Selbstvertretung der Werkstattbeschäftigten und ihrer Vertrauensleute/Assistenzen in den Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) in Bremen und Bremerhaven (Werkstatträte, Frauenbeauftragte, Landesarbeitsgemeinschaft) finanziell nachhaltig absichern, damit diese ihre gesetzlich verankerten Aufgaben wahrnehmen können?

- b) Werden Sie sich für die Einrichtung eines eigenen Finanzbudgets für die Werkstatträte einsetzen, wie die bundesweit üblich ist?
  - c) Werden Sie sich insbesondere dafür einsetzen, dass die Werkstatträte in Bremerhaven eine Vertrauensperson finanzieren und beschäftigen können?
10. Wann sollten Ihrer Meinung nach die Werkstätten für behinderte Menschen aufgelöst sein?
- a) Nie
  - b) in 5 Jahren
  - c) in 10 Jahren
  - d) in 20 Jahren
11. Budget für Arbeit
- a) Was würde Ihre Partei bei einer Regierungsbeteiligung unternehmen, damit vom Budget für Arbeit stärker Gebrauch gemacht wird?
  - b) Unterstützen Sie die Forderung des Landesteilhabebeirats, eine Abweichung im Bremischen Ausführungsgesetz zum Bundesteilhabegesetz nach oben und zwar auf 60 Prozent der monatlichen Bezugsgröße vorzunehmen? (§ 61 Absatz 2 SGB IX)
12. Wie sieht Ihrer Meinung nach die optimale Unterstützung einer selbstbestimmten Bildungs- und Berufswahlentscheidung für behinderte Menschen mit dem Ziel erster Arbeitsmarkt aus?

#### **D. Barrierefreiheit im öffentlichen Raum / Wohnungsbau**

13. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr eine Fachstelle für barrierefreies Bauen und/ oder Verkehr geschaffen wird?
14. Das Bundesland Bayern hat 221 Millionen Euro für den Abbau von Barrieren zur Verfügung gestellt. Das entspricht bei 12,44 Millionen Einwohner\*innen 17,77 Euro pro Einwohner\*in. Wie ist Ihre Haltung zu der Idee, je Einwohner 15 € zum Abbau von Barrieren in Bremen zur Verfügung zu stellen?
15. Sind Sie der Meinung, dass bauliche Veränderungen zum Zwecke der Barrierefreiheit in gleichem Maße in den Stadtteilen wie im Stadtzentrum umgesetzt werden sollten? (Tourismus vs. Wohngebiete)
16. Unterstützen Sie den tatsächlichen niveaugleichen Einstieg im Öffentlichen Personennahverkehr?
17. Was wollen Sie gegen den Mangel an Sozialwohnungen, speziell für Menschen mit  
AK Protest, c/o LAG Selbsthilfe, z. Hd. Gerald Wagner  
Waller Heerstraße 55, 28217 Bremen  
[www.lags-bremen.de](http://www.lags-bremen.de), [info@lags-bremen.de](mailto:info@lags-bremen.de)

Beeinträchtigung, unternehmen?

18. Besonders wichtig erscheint die Frage, warum das Bremer Rathaus nicht barrierefrei zugänglich ist, wie ihre Partei dazu steht und warum keine Abhilfe geschafft wird.
19. Was werden Sie unternehmen, um im Land Bremen alle Ampeln mit akustischen und taktilen Signalen für blinde und sehbehinderte Menschen auszustatten, und wie gewährleisten Sie die Wartung?
20. Unterstützt Ihre Partei eine Fortführung sowie Weiterentwicklung des Stadtführers barrierefreies Bremen?

## **E. Gesundheit**

21. Bereits 2016 haben wir über das 21. Behindertenparlament die Anfrage zur Einrichtung eines Medizinischen Zentrums für Erwachsene mit Beeinträchtigungen (MZEB) gestellt. Bis zum Jahr 2017 sollte dieses MZEB eingerichtet sein. Gesundheit Nord bzw. das Klinikum Bremen Mitte hat sich entschlossen, als Träger eines MZEB's für Bremen aufzutreten und für 2017 die Inbetriebnahme eines MZEB's anzustreben.

Wie soll es nach Ihrer Meinung nun mit dem MZEB weiter gehen? Was können / werden Sie dazu beitragen, dass das MZEB im Jahr 2019 seine Arbeit beginnen kann?

22. In Bremen und Bremerhaven stehen viel zu wenige barrierefreie Arzt- oder Behandlungspraxen zur Verfügung. Die Kassenärztlichen Vereinigungen zeigen sich wenig bis nicht kooperativ. Wie kann hier Abhilfe geschaffen werden?
23. Werden Sie sich für die Fortführung der barrierefreien gynäkologischen Praxis, nach Fertigstellung und Inbetriebnahme des Neubaus, am Klinikum Bremen Mitte einsetzen?
24. Seit mindestens vier Legislaturperioden wird in der Bremischen Bürgerschaft darüber geredet, dass den an Asbestose Erkrankten im Kampf um eine Entschädigung entscheidend durch eine Beweislastumkehr geholfen werden könnte. Es muss endlich was geschehen. Daher fragen wir Sie, ob Sie bereit sind, sich für die Beweislastumkehr einzusetzen und wenn ja, wie? Wenn nein, was spricht aus Ihrer Sicht dagegen?

## **F. Menschen mit geistiger Behinderung**

25. Nach unseren Informationen gibt es im Land Bremen diverse Elternpaare mit geistigen Behinderungen und gesetzlichen Betreuern. In den seltensten Fällen wird den Eltern ermöglicht, ihre Kinder persönlich und in der Familie zu erziehen. Ist es

nicht besser, Kinder in der Familie aufwachsen zu lassen und ggf. eine Betreuung zur Seite zu stellen als den Eltern die Kinder zu entziehen? Wie steht ihre Partei dazu und warum verwehren das die Jugendämter?

26. Menschen mit geistiger Behinderung und psychischer Erkrankung (Doppeldiagnose)

- a. Bestehen aus Sicht Ihrer Partei in Bremen Probleme bei der Versorgung von akuten psychischen Erkrankungen bei geistig behinderten Patienten?
- b. In Osnabrück gibt es eine Krankenhausstation, welche sich auf die Behandlung von Menschen mit einer geistigen Behinderung und psychischer Erkrankung spezialisiert hat. Sollte Bremen aus Sicht Ihrer Partei das „Osnabrücker-Modell“ übernehmen?

**G. Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen**

27. Wie wollen Sie das Modellkonzept "Neue Psychiatrie im Bremen Westen" unterstützen? (<https://www.gapsy.de/aktuelles/2018/03/modellprojekt-bremer-westen.php>)

28. Was wollen Sie unternehmen, um die Ursachen der steigenden Fallzahlen von psychischen Krankheiten zu bekämpfen?

29. Wie sollen die Erkennung der Ursachen und die Feststellung von Beeinträchtigungen (Anamnese und Diagnostik) in der Psychiatrie verbessert werden. Und werden Sie sich dafür einsetzen, dass dies in Zukunft vornehmlich nicht mehr stationäre sondern im Lebensumfeld der Betroffenen stattfindet?

30. Unterstützt Ihre Partei die Forderung der Gewährleistung eines 24stündigen ambulanten Krisendienstes?

31. Was wollen Sie gegen Zwang und Gewalt in der Psychiatrie unternehmen?

32. Was werden Sie unternehmen, um die desolate Nährstoffversorgung von Menschen in Schulen, Heimen, Krankenhäusern und besonders in psychiatrischen Kliniken zu verbessern?

**H. Teilhabe behinderter Menschen in der Politik**

33. Was tun Sie konkret, damit Menschen mit Behinderung in Ihrer Partei mitwirken können und integriert werden, und wie werden Menschen mit Behinderungen in Ihre Entscheidungen einbezogen?

34. Wie fördern Sie aktiv die Mitarbeit von behinderten Menschen in den Parlamenten?
35. Steht Ihre Partei für eine Veranstaltung zur Bürgerschaftswahl in Leichter bzw. verständlicher Sprache zur Verfügung?
36. Im Land Bremen gibt es alle Wahlunterlagen für die Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft, zur Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung und zu den Stadtteilbeiräten in Leichter Sprache, bei Wahlen auf Bundesebene aber nicht. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass auch die Unterlagen für Bundestagswahlen und Europawahlen zukünftig in Leichter Sprache formuliert werden?
37. Wird Ihre Partei das eigene Wahlprogramm oder zumindest die wichtigsten Aussagen des Wahlprogramms auch in Leichter Sprache veröffentlichen?

Wir wünschen uns differenzierte Antworten, die möglichst auf alle Arten an Beeinträchtigung von Menschen eingehen. Die Antworten werden vom Arbeitskreis Bremer Protest noch vor den Wahlen veröffentlicht.

Für den Arbeitskreis Bremer Protest:      Abgeordneter Dieter Stegmann,  
Präsident des 24. Bremer Behindertenparlaments

**Schriftliche Stellungnahme wird bis zum 28. Februar 2019 an den AK-Protest erbeten.**